

# Mit Aufklärung gegen Hetze und Rassismus

Workshop beschäftigt sich mit Strategien gegen antidemokratische Thesen im Schulbetrieb

Von Christian Reichl

LAUPHEIM - Was tun bei rechter Hetze im Klassenzimmer? Dieser Frage haben sich die beiden Psychologiestudentinnen Maren Woestmann und Julia Heinrich vom „Netzwerk für Demokratie und Courage“ gewidmet. In ihrem Workshop beim Präventionstag „Vielfalt statt Einfalt – Diskriminierung im schulischen Kontext“ des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung haben die Referentinnen am Mittwoch über menschenverachtendes Denken an Schulen aufgeklärt. Ort des Geschehens war das Staatliche Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Laupheim.

Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Präventionslehrer: Zu Beginn verteilten die Referentinnen Kärtchen an die Teilnehmer. Darauf standen Beispiele für Diskriminierung in Politik, Werbung und sozialen Medien. Zum Beispiel: ein Beitrag auf Twitter, in dem ein Mann beschreibt, wie er wegen seiner Hautfarbe innerhalb von zwei Monaten mehrmals von der Polizei durchsucht worden sei: „Racial Profiling“ nennt sich dieses Vorgehen, bei dem Menschen aufgrund eines bestimmten Aussehens als verdächtig eingeschätzt werden. „Das ist eine Form des institutionellen Rassismus“, erklärt Julia Heinrich.

Ein weiteres Beispiel: die Internetwerbung eines Lieferservices. Sie zeigt eine leicht bekleidete, aufgrund ihres Aussehens mutmaßlich asiatische Frau auf einem Bett liegend, im Vordergrund ist eine Pizza abgebildet. Die Überschrift lautet: „Fernöstliche Versuchung“. Die Teilnehmer am Workshop ordnen die Werbung als sexistisch und rassistisch ein. „Das Beispiel zeigt, dass eine menschenverachtende Einstellung häufig mit anderen Formen der Diskriminierung einhergeht“, fügt Heinrich hinzu. In der Wissenschaft werden solche Einstellungen auch als „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ bezeichnet, sagt Maren Woestmann. „Die extreme Rechte zeichnet sich durch eine umfassendere Ideologie aus, die Demokratie verachtet, völkisches Denken beinhaltet und sich positiv auf den Nationalsozialismus bezieht.“

Auf Grundlage der Anschauungsmaterialien diskutieren die Teilnehmer über die verschiedenen Formen von Diskriminierung: Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und

Sexismus, die es den Beispielen zuzuordnen gilt. Anschließend geben die Referentinnen eine psychologische Erklärung, welche Denkweisen einer Diskriminierung zugrunde liegen: „Eine vermeintlich heterogene Wir-Gruppe grenzt sich von einer vermeintlich homogenen Die-Gruppe ab“, erklärt Woestmann.

Eine Möglichkeit, solchen Tendenzen im Unterricht entgegenzuwirken, sei die Konfrontation der Schüler mit dem vermeintlich Anderen. Etwa durch die Begegnung mit Geflüchteten: „Die Schüler werden so zum Nachdenken angeregt.“ Auch pädagogische Tage mit den Jugendlichen würden sich für eine Sensibilisierung für das Thema eignen.

Beim Austausch der Pädagogen untereinander zeigt sich: Die meisten haben im Schulalltag bereits Fälle von Ausgrenzung erlebt. „Viele Schüler verwenden in ihrer Alltagssprache diskriminierende Beleidigungen“, stellt einer der Pädagogen fest. Er vermutet, dass viele Vorurteile aus Unwissenheit resultieren. „Deshalb ist die Aufklärungsarbeit so wichtig“, pflichtet ein anderer bei. Mehrere Teilnehmer konstatieren: „Oft ist das Toleranzverständnis problematisch. Denn viele glauben, die Meinungsfreiheit deckt jede Aussage.“

Für Diskussionspotenzial sorgte der Umgang mit Thesen der rechtspopulistischen AfD im Klassenzimmer – einer der Pädagogen verwies auf den 1970 formulierten Beutelsbacher Konsens, der politische Bildung auf drei zentrale didaktische Leitgedanken festlegt: Demnach sollen Lehrkräfte Themen im Unterricht kontrovers darstellen, wenn es in der Wissenschaft oder Politik kontrovers erscheint; sie dürfen Schülern ihre Meinung nicht aufzwingen und sollen sie in die Lage versetzen, ihre eigene Interessenlage zu analysieren und selbst nach Mitteln und Wegen zu suchen, diese im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. Die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Diskriminierung bestimmt das Grundgesetz, erklärt Heinrich den Anwesenden. „Schule ist ein Ort der demokratischen Erziehung.“ Die Schüler dürften nach einer diskriminierenden Aussage nicht einfach vom Lehrer vom Unterricht ausgeschlossen werden. Aufgabe der Lehrkräfte sei es, antidemokratische Aussagen kritisch zu hinterfragen.



Im Workshop diskutierten die Teilnehmer über unterschiedliche Formen von Diskriminierung.

FOTO: CHRISTIAN REICHL